



Nummer 14 | Dezember 2016

Liebe Leserinnen und Leser,

Mit der letzten Sitzungswoche in diesem Jahr, die am vergangenen Freitag endete, neigt sich, nicht nur das politische, Jahr dem Ende zu. Wir hatten uns in der Fraktion gegenseitig besinnliche Tage mit der Familie gewünscht. Und jetzt dieser furchtbare Anschlag mit Toten und Verletzten in Berlin, der uns alle betroffen und fassungslos macht! Angst, Sorge und bei manchen blanker Hass bestimmen Gedanken und Taten. Verantwortliche sind in den sozialen Netzwerken schnell gefunden: Die Kanzlerin und die muss weg! Eine einfache und schnelle Antwort, die mir wiederum zusätzlich Angst macht.

Als Kanzlerin Verantwortung zu übernehmen und vor allem „politische“ Antworten und -noch wichtiger- „Taten“ folgen zu lassen, ist auch meine Erwartung als Bundespolitikerin und Bürgerin. Nichts desto trotz frage ich mich: Sehen diese Menschen nicht, dass diese Antwort nicht wirklich eine ist?! Hört das Abschlagen von Men-

schen in Syrien auf, reichen sich Putin und Trump die Hände und erarbeiten einen „Friedensplan“, wird Erdogan zum leuchtenden Vorbild demokratischer Grundrechte, wenn Frau Merkel nicht mehr Kanzlerin wäre? Ich bin mir sicher: Nein!

„Unsere Welt“ hört nicht an den Grenzen unseres deutschen Staates auf, sondern ist durch zahlreiche Vernetzungen größer geworden. In den weit überwiegenden Bereichen profitieren wir Deutschen am meisten davon: Wohlstand, Arbeitsplätze, eine gute Ausbildung, ein hoher Gesundheitsstatus, ein friedliches Miteinander und vieles mehr sind sichtbare Zeichen. Andererseits ergeben sich daraus auch Abhängigkeiten, Verflechtungen und komplexe Problemstellungen, kurz gesagt: Leider keine einfachen Antworten. Aus meiner Sicht ist die wichtigste Lehre auf den Weg gebracht: Kein Mensch darf ohne Registrierung in unser Land kommen und diejenigen, die nicht auf unsere Hilfe angewiesen sind, müssen unser Land

sofort verlassen. Zusätzlich brauchen wir endlich die konsequente Umsetzung schon bestehenden Rechts, dann wären viele Probleme bereits gelöst.

In diesem Bewusstsein gilt es an den kommenden Festtagen Kraft und Zutrauen zu sammeln, um die bevorstehenden Aufgaben 2017 anzugehen – und zwar geschlossen und gemeinsam!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Angehörigen ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Start in ein friedliches und gesundes Jahr 2017.



Ihre

Astrid Grotelueschen

Bundeshaushalt 2017 – wiederum ausgeglichen!

Ich hatte schon im September zum Bundeshaushalt 2017 berichtet, und nun ist es beschlossene Sache: Investitionen auf Rekordniveau und keine neuen Schulden!

Ein Haushalt ohne Neuverschuldung ist keine Selbstverständlichkeit. Der Handlungsspielraum, den wir gewonnen haben, ist das Ergebnis einer klaren Haushaltspoli-

tik! Aus meiner Sicht entscheidend ist, dass wir es geschafft haben, volkswirtschaftlich bedeutsame Investitionen, bei einer gleichzeitig noch sehr hohen Sozialquote von über 42 %, stärker im Haushalt zu gewichten.

Hierzu werden im Vergleich zu 2016 die Investitionen auf 36,1 Mrd. Euro erhöht – das ist eine Steigerung um 4,6 Mrd. Euro.

Die Investitionsquote liegt damit bei etwa 11 % der Gesamtausgaben, noch immer nicht ausreichend, aber das ist die höchste Quote der letzten 16 Jahre! Damit machen wir das Land richtig fit für die Zukunft und verpassen auch nicht den Absprung in die „Gigabit-Gesellschaft“: denn das Bundesprogramm zum Breitbandausbau wird auf 4 Milliarden Euro erhöht.

Und mit dem „mFUND“ werden 100 Mio. Euro für Gründer und innovative Startups bereitgestellt, um die Entwicklung digitaler Geschäftsideen zu unterstützen.

Insgesamt steigen die Infrastrukturinvestitionen im Jahr 2017 auf 13,7 Milliarden Euro und wachsen bis 2018 auf 14,4 Milliarden Euro an. Das heißt für mich ganz praktisch: wir haben jetzt eine klare Finanzierungsperspektive oder anders ausgedrückt: jede Sanierungsmaßnahme einer Brücke, die Baurecht

erhält, wird auch finanziert. Besonders hervorheben möchte ich auch: beim THW wird ein Fahrzeugbeschaffungsprogramm mit insgesamt 100 Mio. Euro für 188 Lkw und Bergungsräumgeräte aufgelegt – davon 15 Mio. Euro in 2017.

Im Bereich der maritimen Wirtschaft wird ein eigener Titel „Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze“ ausgebracht, das heißt, es stehen 25 Mio. Euro bereit. Mein Fazit: Wir werden 2017 ein weiteres Mal mit dem Geld der

Bürger auskommen und können die Ausgaben von 329,1 Mrd. Euro ohne neue Kredite finanzieren. So stoppen wir den Schuldenaufnahme zum wiederholten Mal, kritisch aus meiner Sicht: Wir reden noch immer nicht über eine deutliche Tilgung. Deshalb kann ich abschließend sagen: Unsere wirtschaftliche Situation ist dank der vorausschauenden und klugen Entscheidungen unter Führung der Union gut, der richtige Weg ist eingeschlagen und es gibt noch einiges zu tun.

Maut — Sinnvolle Umsetzung

Die Nutzerfinanzierung unserer Autobahnen und Bundesstraßen kommt. Auch wenn die entsprechenden Gesetze schon seit letztem Jahr in Kraft sind, so wurde deren geplante Umsetzung zum Jahr 2016 aufgrund einer Klage der EU-Kommission vorerst ausgesetzt, bis die Streitpunkte geklärt werden konnten. Dieser Streit zwischen der EU-Kommission und der Bundesregierung über die geplante Pkw-Maut in Deutschland ist beigelegt.

Die Brüsseler Behörde akzeptiert ein geändertes Modell der geplanten Infrastrukturabgabe. Das 2015 eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission wird somit auf Eis gelegt, bis die entsprechenden Gesetze verabschiedet sind.

Nach einem Treffen von Bundesminister Dobrindt und EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc sind die letzten Hürden aus dem Weg geräumt. Bis zuletzt gab es Uneinigkeiten und Bedenken darüber, dass deutsche Autofahrer durch eine „passgenaue“ Absenkung der Kfz-Steuer um den Betrag der zukünftigen Maut gesondert bevorteilt würden—was europäischem Recht widerspräche. Auch diese Punkte sind vom Tisch. Die neue Regelung sieht vor, dass deutsche Autofahrer automatisch eine Jahresvignette kaufen, dann aber über die Kfz-Steuer entlastet werden. Die Kosten der Vignetten

richten sich nach den Schadstoffemissionen der Autos. So sollen 10-Tages Vignetten, je nach Fahrzeugeigenschaften, demnach 2,50 Euro, 4 Euro, 8 Euro, 14 Euro oder 20 Euro kosten. Eine Zweimonatsmaut soll 7, 11, 18, 30 oder 40 Euro kosten. Nach Angaben der EU-Kommission sind das nun die günstigsten Kurzzeitvignetten in der EU!

Fahrzeuge der besonders schadstoffarmen Klasse Euro 6 werden stärker als bisher bei der Steuer entlastet – insgesamt um 100 Millionen Euro mehr als anfangs geplant. Trotz der stärkeren Entlastung für umweltfreundliche Autos, rechnet das Verkehrsministerium mit Nettoeinnahmen von 500 Millionen Euro pro Jahr, die dem Erhalt und Ausbau unserer Straßen zu Gute kommen. Doch auch wenn die Klage der EU-Kommission damit „vom Tisch“ ist, so gibt es doch immer noch ernste Bedenken unserer Nachbarn—besonders in Österreich, den Niederlanden und in Belgien. Um auch hier die Maut „freundschaftlich“ zu gestalten, diskutieren wir nun, die Maut für ausländische Autofahrer auf Bundesstraßen auszusetzen. Wer unsere Autobahnen mit nutzt soll auch mit finanzieren. Der „kleine Grenzverkehr“ soll aber erhalten bleiben.

Daten und Fakten

Das Elterngeld wirkt.

Einführung des Elterngeldes:
1. Januar 2007

Das Elterngeld löste damals das vorherige Erziehungsgeld ab

Das Elterngeld hat das Einkommen für die meisten Familien im ersten Jahr nach der Geburt ihres Kindes substantiell erhöht

Das Haushalts-Nettoeinkommen von Familien mit Kindern im ersten Lebensjahr stieg um durchschnittlich 480 Euro pro Monat

Bei Müttern mit Hochschulabschluss sogar um rund 600 Euro pro Monat

Auch hat die Erwerbsbeteiligung von Müttern insgesamt zugenommen. Mehr Mütter mit hohen Einkommen und Qualifikationen eine längere Auszeit genommen

Im zweiten Lebensjahr des Kindes ist die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Müttern im unteren Einkommensbereich gestiegen

Väter Elternzeit: Lag der Anteil vor 2007 bei weniger als drei Prozent, ist er inzwischen auf über 34 Prozent gestiegen.

Einfluss auf die Geburtenrate nur teilweise erwiesen in der Tendenz aber leicht positiv.

Quelle: Familienministerium

Mit Sicherheit sicher — Bundesmittel für THW, Polizei und Bürger

Hilfe zur Selbsthilfe ist zweifelsohne ein guter Grundsatz. Im Bereich der Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung jedoch, ist klar: Die Verantwortung für die Sicherheit der Bürger liegt beim Staat. Daher freue ich mich, dass im Zuge der Bereinigungssitzung für den Bundeshaushalt 2017 eine dringend benötigte Stärkung der Bundespolizei beschlossen wurde — alleine im kommenden Jahr werden bis zu 2000 neue Stellen geschaffen. Auch die Katastrophenhelfer vom THW können sich über ein Fahrzeugprogramm bis 2023 mit einem Volumen von 100 Millionen Euro freuen. Damit lässt sich der teilweise veraltete Fuhrpark erneuern.

Materiell und personell werden Helfer und Polizei in den kommenden Jahren besser gestellt sein. Dennoch werde ich immer wieder von Bürgern angesprochen, die sich über Einbrüche in ihrer Nachbarschaft Sorgen machen oder leider schon selbst betroffen sind. Auch wenn die Kriminalitätsstatistik vor allem bei Gewaltdelikten rückläufig ist, so bleibt Einbruch weiterhin ein Problem. Deshalb gilt es „offen“ die-



Besuch vom THW Nordenham in Berlin. Bild:

ses Thema anzugehen und umfassende Unterstützung auf unterschiedlichen Ebenen zu geben. Natürlich erreicht man Sicherheit nicht nur durch Aufklärung von Straftaten und deren sofortige und angemessenen Bestrafung, sondern auch durch Prävention. Um — im Sinne des Eingangssatzes — auch im Bereich der Sicherheit Selbsthilfe zur Prävention zu fördern, ist es mir ein Anliegen, nicht nur auf erhöhte Bundesmittel für die Sicherheitsdienste zu verweisen, sondern auch auf Kreditprogramme der KfW, die ebendiese Prävention im heimischen Umfeld unterstützen sollen und auf die ich die als Vorsitzende meines Ausschusses in Berlin aktiv Einfluss

nehme. Insbesondere das KfW-Programm zum Einbruchsschutz soll es Wohneigentümern ermöglichen, ihre vier Wände, ob Wohnung oder ihr Eigenheim mit einem Kredit von bis zu 50.000 Euro pro Wohneinheit sicherer zu machen. Bei einer Antragstellung, die vor Beginn der Umbauten stattfinden muss, werden alle Bereiche der Wohnungssicherung gefördert: vom Einbau von Einbruchs- und Überfallmeldeanlagen, über Bild- und Gegensprechanlagen, bis hin zu Bewegungsmeldern und auch das Nachrüsten von Fenstern, Eingangstüren, Gittern und Rollläden.

Daten und Fakten

Laut der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS, Stand: Mai 2016) sind sowohl Gewaltkriminalität (-2,1%) als auch sexueller Missbrauch von Kindern (-2,4%) rückläufig. Auch Sachbeschädigungen (-3,3%), Kfz-Diebstahl (-2,8%) und Straftaten gegen das Waffengesetz (-2,1%) folgen diesem Trend. Jedoch: Ein Anstieg ist unter anderem zu verzeichnen bei Diebstahldelikten insgesamt (+2,4%) und dem Wohnungseinbruchdiebstahl (+1,8%).

Derzeit werden von Bund und Ländern Strategien und Konzepte für einen effektiven Informationsaustausch entwickelt, um diese Straftaten aufzuklären und die Zunahme zu stoppen. Hierzu brauchen wir über Tatmuster und Tatverdächtige, um vor die Lage zu kommen.“

Besonders betroffen von Wohnungseinbrüchen sind großstädtische Regionen, insbesondere die Stadtstaaten, aber auch Regionen entlang der Autobahnen.

Info-Link zur KfW-Förderung:

<https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/Privatpersonen/Bestandsimmobilie/Einbruchschutz/>

Türkei - Keine Experimente!

Mit 479 von 623 Stimmen hat das EU Parlament am 24. November dafür gestimmt, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auszusetzen. Dieses Votum ist aus meiner Sicht ein wichtiges, längst überfälliges und notwendiges Signal. Es stellt u.a. klar, dass das bedenkliche Vorgehen der türkischen Regierung in der Folge des gescheiterten Putsches von Mitte Juli nicht mit unserem europäischen Verständnis von Rechtsstaatlichkeit vereinbar ist.

Die etwa 36.000 Menschen in Untersuchungshaft und 75.000 suspendierte zivile Staatsbedienstete — von Lehrern und Wissenschaftlern bis hin zu Richtern — bestärken mich in meiner langjährigen

Haltung, dass ein Beitritt der Türkei zur EU nicht vertretbar ist. Auch schließe ich mich meinem Kollegen Manfred Weber, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europaparlament, an, der forderte, die Beitrittsverhandlungen zu beenden, sollte Präsident Erdogan die Todesstrafe wiedereinführen. Aber: Die Bedeutung der Türkei als strategischer Partner ist im Hinblick auf die aktuelle Flüchtlingslage wohl allen klar, obwohl ich auch weiß, dass das EU-Türkei-Flüchtlingsabkommen vielen ein Dorn im Auge ist. Die Türkei muss sich nun entscheiden, ob sie sich an den EU-Werten der Freiheit orientiert — oder nicht. Ich stimme unserer Bundeskanzlerin zu: „Wir werden keinen Schritt zu viel auf Erdogan zugehen.“

Bundeswaldgesetz

Die Bedeutung unseres Waldes wird oft unterschätzt! Er erfüllt zahlreiche Aufgaben für den Klimaschutz, als Lebensraum für Flora und Fauna und nicht zuletzt als Ort zur Erholung und für unser Erleben der Natur – alles Leistungen für das Gemeinwohl. Deshalb ist seit den 1970er Jahren das Ziel der Forstpolitik in Deutschland, diese Funktionen des Waldes zu sichern. Dazu gehört auch eine ordnungsgemäß nachhaltige Bewirtschaftung. Diese findet auch statt, was u.a. zu einem zusätzlichen, erfreulichen Ergebnis führt: denn die deutsche Waldfläche ist seit dieser Zeit um knapp eine Million Hektar auf 11,1 Millionen Hektar angewachsen. Zwei politische Ziele sind mir in diesem Zusammenhang wichtig: die Förderung der Forstwirtschaft und einen guten Interessensausgleich zwischen der Allgemeinheit und der Waldbesitzer zu schaffen. Diese im Bundeswaldgesetz enthaltenen Aufträge beruhen darauf, dass der Wald und seine Bewirtschaftung einer



Quelle: Schlegelfotos-fotolia

ganzen Menge gesellschaftlicher Leistungen dienen. Dies gilt auch für die Holzproduktion. Denn Holz ist die Grundlage für die Versorgung der Wirtschaft besonders im ländlichen Raum. Nach der ersten Beratung des Bundeswaldgesetz am 1. Dezember war klar, dass es noch Veränderungen bedarf, um die bisher, von staatlichen Forstbetrieben und -verwaltungen für Waldbesitzer bereit gestellten Betreuungsangebote weiterhin sicherzustellen. Daher wurde als zentraler Bestandteil der neuen Regelung beschlossen, dass bestimmte forstwirtschaftliche Dienstleistungen (z.B. Waldbau, Markierung und Ernte) nicht als Holzvermarktung im engeren Sinne gewertet werden.

Das liegt eindeutig im öffentlichen Interesse, und es wird damit den staatlichen Forstämtern ermöglicht, der Holzvermarktung vorgelagerte Dienstleistungen auch in Zukunft im Kommunal- und Privatwald anzubieten. Gleichzeitig ist jetzt endlich sichergestellt, dass vor allem kartellrechtliche Regelungen eingehalten und private Anbieter nicht diskriminiert werden.

Der Region helfen

Am Donnerstag stand der Koalitionsantrag „Regionale Wirtschaftspolitik – Ein integriertes Fördersystem für strukturschwache Regionen in ganz Deutschland schaffen“ auf der Tagesordnung. Hierbei ist seit 1969 die Bundesländer-Gemeinschaftsaufgabe „GRW“ ein zentrales Instrument—von 1995 bis 2014 wurden Fördermittel von fast 41 Milliarden € bewilligt. Es geht mir bei diesem Antrag, an dem ich im Sinne unseres Wahlkreises mitgewirkt habe, darum, die erheblichen Unterschiede zwischen den Landkreisen zu verringern. Wir brauchen bald Lösungen—das wird besonders deutlich mit Blick auf die stark unterschiedlichen Arbeitslosenquoten in Deutschland. Ich möchte nicht, dass Kommunen weiter schrumpfen und sich mit dem Leerstand von Fabriken, Kasernen, Ladenlokalen und Wohngebäuden auseinandersetzen müssen, wie das schon viel zu oft der Fall ist. Deshalb brauchen wir ein verbessertes Fördersystem, damit die Gelder gerecht verteilt werden und zielgenau helfen. Ein Augenmerk habe ich auf einen verbesserten Mittelabfluss in den Ländern gelegt. Hier sind zentrale Ansprechpartner zur Mittelstandsförderung gefragt. Die Forderung nach „Single Point of Contact“, die bei der Suche von passgenauen Förderprogrammen wichtige Hilfe leisten, wurde von mir in den Antrag eingebracht. Das Thema wird auch am 20.01.2017 im Unterausschuss verhandelt werden, bei dem ich den Vorsitz habe.

Lebensmittel

Du bist, was du isst- So ein beliebtes Sprichwort. Doch wissen wir auch immer, was wir essen? Dieser Frage sind wir in Berlin in Hinblick auf vegane und vegetarische Lebensmittel, die sich einer steigenden Nachfrage erfreuen, in der letzten Sitzungswoche nachgegangen. Fakt ist: Verbraucher müssen sich darauf verlassen können, dass als vegan und vegetarisch ausgelobte Angebote auch tatsächlich vegan oder vegetarisch sind. Ebenso sollen Verbraucher, die Fleisch essen, auf einen Blick erkennen können, ob der „Fleischsalat“ im Kühlregal auch tatsächlich „Fleisch“-Salat ist und nicht ein fleischloses Produkt, das dennoch als „Fleischsalat“ tituiert wird. Bislang fehlt es an einer einheitlichen Definition für die Begriffe „vegan“ und „vegetarisch“. In unserem Antrag der Regierungsfraktio-

nen „Verlässliche Rahmenbedingungen für vegane und vegetarische Lebensmittelangebote – „Klarheit und Wahrheit“ für Hersteller und Verbraucher“, den wir am 16. Dezember im Plenum beraten haben, fordern wir die Bundesregierung daher auf, sich weiterhin im Interesse der Verbraucher aber auch der Hersteller gegenüber den übrigen EU-Mitgliedstaaten für den zeitnahen Erlass einer EU-weiten rechtsverbindlichen Definition einzusetzen. Gute Lebensmittel sind die Grundlage für ein gesundes Leben. Jeder Verbraucher muss sich daher sicher sein können, dass auch wirklich „drin ist, was drauf steht“. Ich bin mir sicher: Unser hoher Herstellungsstandard und die vorhandene Lebensmittelsicherheit, darf nicht am Etikett aufhören.

Opfer brauchen Hilfe — keine „Selfies“

Mitmenschlichkeit in Notsituationen ist oberstes Gebot. Umso unverständlicher sind „Gaffer“, die, besonders im jetzigen Zeitalter der sozialen Medien, sensationslustig bei Unfällen ihre eigene Neugier und Sensationslust auf Kosten anderer ausleben. Meine beiden Feuerwehrmänner in der Familie haben mir schon von mancher unerträglichem Erlebnis berichtet. Gegen Schaulustige, die nach einem Unfall knipsen und filmen statt zu helfen, will der Bundesrat mit einem Gesetzentwurf vorgehen, der jetzt bei uns im Bundestag eingegangen ist. Nach bisheriger Rechtslage macht sich nur strafbar, wer mit Gewalt Rettungsarbeiten nach einem Unfall behindert. Dies will der Bundesrat „im Interesse des Opferschutzes“ ändern. Dazu soll ein neuer Paragraph 115 ins Strafgesetzbuch eingefügt werden. Danach soll "mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bestraft werden, wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not Hilfeleistende der Feuerwehr, des Katastrophenschutzes oder eines Rettungsdienstes behindert". Damit werde auch „bloßes Sitzen- und Stehen-



Bild: Deutscher Bundestag /Inga Haar

bleiben" vom Straftatbestand erfasst. Zudem will der Bundesrat den strafrechtlichen Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts gegen die Herstellung und Verbreitung bloßstellender Bildaufnahmen auf verstorbene Personen erweitern. Er gelte bisher nur für lebende Personen, bemängelt der Bundesrat. Der Paragraph 201a (Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen) soll entsprechend erweitert werden.

Ich finde: das richtige Signal! Respekt und Anstand im Angesicht von Not und Leid gelten nicht nur für Flüchtlinge und Christen - sie sollten selbstverständliche Grundlage unseres Miteinanders sein!

Beschlossene Sache:

Die Teilhabe

Das Bundesteilhabegesetz ist verabschiedet. Das Gesetz macht das Leben vieler Menschen mit Behinderungen leichter - dafür nehmen wir jährlich 800 Millionen Euro in die Hand.

In Deutschland gibt es rund 7,5 Millionen Menschen mit schweren Behinderungen, rund 700.000 von ihnen erhalten Eingliederungshilfe. Für sie haben wir Verbesserungen erreicht. So gilt ab 2020, dass Einkommen bis 30.000 Euro und ein Vermögen bis 50.000 Euro anrechnungsfrei sind. Einkommen und Vermögen von Partnern werden künftig nicht mehr herangezogen. Damit beenden wir ein bisheriges, faktisches „Heiratsverbot“.

Der Vermögensschonbetrag wird von 2.600 auf rund 5.000 Euro angehoben. Das Arbeitsförderungs-geld wird von bisher 26 Euro auf künftig 52 Euro verdoppelt. Der Weg in den 1. Arbeitsmarkt und volle Teilhabe ist somit frei!

DFB-Präsident Reinhard Grindel im Wahlkreis zu Gast

Einen besonderen Gast durfte ich Mitte November in meinem Wahlkreis begrüßen. DFB-Präsident Reinhard Grindel hat auf seine Teilnahme an der Bambi-Gala verzichtet und stattdessen selbstverständlich ein altes Versprechen aus Bundestagszeiten eingelöst: einen Besuch im Landkreis Oldenburg.

Diese Gelegenheit habe ich natürlich genutzt und den regionalen Fußballvereinen als Anerkennung für ihren großen, meist ehrenamtlichen Einsatz Raum für Gespräche mit dem DFB-Präsidenten zu geben. Unter anderem waren wir zu Gast beim Ahlhorner SV, wo uns die Fußballerinnen der B-Jugend herzlich empfingen. Im Gespräch mit Vereinsmitgliedern wurde deut-



DFB-Präsident Reinhard Grindel stellt sich meinen Fußball-Fragen.

lich, welche gesellschaftliche Bedeutung dem Fußball besonders im Bereich Integration zukommt und wieviel die Freiwilligen der zahlreichen Vereine leisten. Gemeinsames Training allein ist schon Integration pur! Praktischer kann man es nicht anpacken.

In einer großen Fußballrunde mit allen Vereinen aus der Region und weiteren Besuchern diskutierte Reinhard Grindel lebhaft mit Fans und Sportlern, gab die eine oder andere Anregung und nahm seinerseits die Anliegen der Fußballer für seine Arbeit im DFB-Präsidium mit.

Hauptstadt-Mitarbeiter erkunden den Wahlkreis

Aus der Großstadt in den Wahlkreis: Meine Mitarbeiter aus dem Berliner Büro haben meinen Wahlkreis erkundet. Andrea Schmökel, David Zlotos und Dimos Gatidis reisten auf meine Einladung für ein Wochenende in Wildeshausen an.

Am Sonnabendmorgen trafen wir uns zunächst zu einem Arbeitsgespräch mit den Wahlkreis-Mitarbeiterinnen Anna Nahm und Anke Wöbken, die sie am Vorabend schon bei einem gemeinsamen Essen getroffen hatten. Anschließend ging es dann gemeinsam auf Reisen — mit Besuchen im Nordwolle-Museum in Delmenhorst und zur Huder Klostersruine, jeweils einschließlich Führung. Die weitere Tour führte durch die Wesermarsch, einschließlich Stopp an der Kaje in



Die „Lissi“ haben wir bei unserer Mitarbeiterreise an der Kaje in Elsfleth schon bewundern können. Diese Woche war ich zum Thema Traditionsschiffahrt an Bord.

Elsfleth, nahe der „Großherzogin Elisabeth“. Die „Lissi“ ist bereits Thema im Büro, gehe ich doch diese Woche noch dort an Bord, um mit dem Schulschiffverein über die vom Bundesministerium geplanten, neuen Sicherheitsrichtlinien für Traditionsschiffe zu sprechen und für deren Erhalt ich mich einsetze.

Nach Kurzstopp im Bürgerbüro Berne fuhr ich mit den Mitarbeitern noch über verschiedene Stationen in der Wesermarsch und im Landkreis Oldenburg zurück nach Wildeshausen. Von dort aus reisten die Berliner am folgenden Morgen mit vielen neuen Eindrücken wieder in Richtung Hauptstadt ab.

Besuchen Sie mich in Berlin



Erst im November haben mich 50 Gäste aus meinem Wahlkreis im Reichstagsgebäude in Berlin besucht.

Bild: Bundesregierung / Arge GF-BT GbR

In Berlin freue ich mich immer über Besuch aus der Heimat. Eine Möglichkeit mich zu besuchen, sind meine viertägigen Reisen ein — mit Reichstagsbesuch, Stadtrundfahrt und vielen weiteren interessanten Stationen, zu denen ich gerne Bürger aus dem Wahlkreis einlade.

Die Leitung der Fahrten übernimmt Karl-Ernst Thümler, der sich in Ber-

lin und umzu wie kein anderer auskennt. Melden Sie sich direkt bei ihm oder bei mir im Büro an (s.u.)! Die kommenden Termine für meine Fahrten stehen schon fest:

- **01. bis 04. Februar 2017**
- **01. bis 04. März 2017**
- **25. bis 28. Juni 2017**

Bis bald!

Frohes Fest!

Das Bürgerbüroteam wünscht Ihnen besinnliche Feiertage und einen friedlichen Jahresausklang im Kreis Ihrer Lieben!

Auch wir machen Pause:

Alle Büromitarbeiter sind bis zum 06. Januar 2017 im wohlverdienten Urlaub. Wir freuen uns danach auf ein Wiedersehen und Ihre Wünsche und Anliegen!



Astrid Grotelüschon MdB

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de
Tel.: +49 30 227-74607
Fax: +49 30 227-76608

Bürgerbüro
Zwischenbrücken 5b
27793 Wildeshausen
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma07@bundestag.de
Tel.: +49 4431 9554526
Fax: +49 4431 9554527

Bürgerbüro
Lange Straße 62
27804 Berne
E-Mail: astrid.grotelueschen.ma06@bundestag.de
Tel.: +49 4406 9729966
Fax: +49 4406 9729969